

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

1. Jahrgang nehmen die Anzeigen, und für Ruhestellung die Poststellen entgegen. — Erhältlich wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Verantwortlich: Die Redaktion. Druck: Die Druckerei. Preis: 20 Pfennige. Anzeigenpreis: 20 Pfennige. Anzeigenpreis: 20 Pfennige. Anzeigenpreis: 20 Pfennige.

Telegramme: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 257

Sonntag, den 3. November 1929

24. Jahrgang

### Ernstster Winter

Von Dr. Ritz, Reichsminister a. D.

Wenn nicht alles täuscht, gehen wir in politischer und wirtschaftlicher Beziehung sehr ernsten Zeiten in diesem Winter entgegen. Es ist deswegen notwendig, den Dingen ohne Heroismus und mit ruhiger Besonnenheit ins Auge zu sehen. Das wird freilich nicht ganz einfach sein, nachdem durch das Jugenbergsche Volksbegehren die politischen Leidenschaften auf dem Hintergrund wirtschaftlicher Bedrängnis zum Teil stark aufgewühlt worden sind. Schon einmal hat die um Hitler sich gruppierende Befolgenschaft die Zeit wirtschaftlicher Depressionen benutzt, um durch Katastrophenpolitik zur politischen Herrschaft zu gelangen. Das war damals, als in der Zeit der Inflation die Hitler-Gruppen und Ehrhard-Gruppen ihren ruhmlosen Putsch versuchten, der im Falle des Scheiterns damals das deutsche Volk in den Abgrund gestoßen haben würde.

Die Annahme des Young-Planes durch den Reichstag erscheint kaum noch zweifelhaft, aber mit ihr allein ist nichts gewonnen, wenn sie nicht zum Ausgangspunkt einer großzügigen, unsere Wirtschaft entlastenden Reform von den Parteien des Reichstages genommen wird. Die Erfahrungen, die sich bei der Behandlung der Reform der Arbeitslosenversicherung ergaben, deuten sehr nachdrücklich die Schwierigkeiten an, die sich bei größeren Reformen herausstellen werden. Schwierigkeiten, die dadurch noch erhöht werden, daß die Stellung der Deutschen-Volkspartei nach dem Tode Stresemanns labil geworden ist, und daß nach den Erfahrungen der letzten Zeit man die Deutschnationalen Volkspartei unter ihrer jetzigen Führung leider nicht mehr als eine Partei der Staatsverantwortung, sondern als eine von starkem Vernichtungswillen gegenüber dem jetzigen Staat erfüllte Partei betrachten muß.

Die steigende Arbeitslosigkeit und die mancherlei anderen wirtschaftlichen Erschwerungen werden ihrerseits dazu beitragen, zu den noch vorhandenen noch neue Spannungsmomente hinzuzubringen. Wirtschaftliche Notzeiten sind noch immer der beste Nährboden für politischen Radikalismus gewesen. Mit politischem Radikalismus aber sind die Probleme schwerer Zeiten niemals zu lösen, sondern nur mit nüchternem Realpolitik. Aus dieser Erkenntnis heraus ergibt sich die ungeheure Verantwortung, die in den kommenden Wochen bei der Regierung und bei den Regierungsparteien liegt. Wenn sie eine starke Führung und eine klare Zielsetzung notwendig gewesen sind, so jetzt.

Es wäre verkehrt, schon heute von der Regierung einen fest umgrenzten Plan für ihre Reformabsichten verlangen zu wollen, wo die endgültige Gestaltung des Young-Planes noch aussteht. Aber es wird notwendig sein, sofort nach endgültigem Abschluß der mit dem Young-Plan in Verbindung stehenden Vorarbeiten mit einem abgeschlossenen, in sich ausgeglichenen Reformwert vor die Öffentlichkeit zu treten. Aus den Reihen der Parteien hat vor allem die Deutsche Demokratische Partei für diese Probleme wertvolles Material geliefert. Die Arbeiten von Dr. Stolper und von Dr. Reinhold sowie die Pläne des preussischen Finanzministers Höpfer-Wilhelm enthalten wohlüberdachte, systematisch aufgebaute Vorschläge zur Befreiung unserer öffentlichen Finanzen und unserer Reform der Steuerwesen. Ueber Einzelheiten kann man verschiedener Ansicht sein, aber über die Grundzüge eines solchen Reformwerks sollten sich doch auch die Regierungsparteien rechtzeitig einig sein. Man sollte hier auch nicht den Zusammenhang des Reichstages abwarten, sondern sollte sich schon vorher, abseits der Anträge und Nervosität des offiziellen Parlamentsbetriebs zusammenfinden und eine Annäherung der Ansichten und Wägen versuchen. Bisher scheint es aber so, als ob man auf Seiten der Parteien eine gewisse Scheu habe, die Dinge konkret anzufassen. Auch hier wird es Aufgabe der Regierung sein, führend einzugreifen, wenn die Parteien nicht aus eigener Initiative einen gemeinsamen Weg zu finden trachten. Die Zeit erfordert gebieterisch entschlossenes Handeln und nicht unentschlossenes Herumreden um die Probleme.

### Strafantrag des Reichsinnenministers gegen Dr. Hugenberg

Im „Berliner Volksanzeiger“ (Morgenausgabe vom 31. Oktober 1929) und in einer Anzahl anderer in Berlin und auswärts erscheinender Blätter sind in einem von Geheimen Finanzrat Dr. Hugenberg, Mitglied des Reichstages, verfaßten Artikel schwere Beschuldigungen gegen die mit der amtlichen Feststellung des Eintragungsergebnisses beim Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ befaßten Beamten ausgeprochen worden. In dem Artikel finden sich folgende Sätze: „Ist die Schlacht gewonnen oder verloren? Der sozialistische Reichsinnenminister will es uns erst am 6. November verraten. Hoffentlich wird inzwischen nicht allzu sehr „retuschiert.““ Wegen den Inhalt des Artikels heißt es:

„Aber wir haben den Kampf aufgenommen und hoffen Gutes von ihm für unser Land und Volk — einerlei, was die Organe des Reichsinnenministers beim Volksbegehren herausrechnen.“

Der Reichsminister des Innern hat wegen der in diesen Sätzen enthaltenen Beleidigung der ihm unterstellten mit der Ermittlung des Eintragungsergebnisses befaßten Beamten Strafantrag gestellt.

### Erfolg des Volksbegehrens

10,12 Prozent Eintragungen

Wie wir erfahren, haben sich nach dem Stand von heute vormittag von 40 433 831 Wahlberechtigten in den erfaßten Gebieten 4 093 882, also 10,12 Prozent, in die Listen des Volksbegehrens eingetragen. Um die erforderliche Mindestzahl von 10 Prozent der Stimmberechtigten aufzubringen, müssen noch rund 34 000 Eintragungen sich ergeben, und zwar bei einer noch ausstehenden Stimmberechtigtenzahl von rund 845 000.

Nach den bisher eingegangenen Meldungen sind 4 136 384 Eintragungen für das Volksbegehren bei 41 019 181 erfaßten Stimmberechtigten gezählt worden. Das sind 10,08 Prozent. Das Volksbegehren ist somit angenommen.

### Unser Kaiser, der ist gut, wenn er unsern Willen tut

Hitler droht dem bayerischen Kronprinzen Rupprecht

In der gestrigen Ausgabe der „Münchener Telegramme“ finden sich Mitteilungen über die Rolle des Kronprinzen Rupprecht beim Volksbegehren, die einigermaßen sensationell sind, und für die die Verantwortung der genannten Zeitung übernommen werden muß. Hiernach also hat der Kronprinz, nachdem seine ablehnende Haltung zum Volksbegehren durch den bayerisch-volksparteilichen Abgeordneten Loibl bekannt geworden war, zunächst von nationalsozialistischer Seite eine Reihe von Briefen erhalten, die ihm nahelegten, die Erklärung Loibls als nicht autorisiert und inhaltlich unzutreffend zu bezeichnen. Hierbei war in einem am Sonnabend-Abend an den Kronprinzen gerichteten Brief ausdrücklich bemerkt, die Verlautbarungen des Prinzen müßten so frühzeitig abgegeben werden, daß sie noch Montag in den Morgenblättern erscheinen können. Am Sonntag, abends 10 Uhr, wurde der Kronprinz durch Rupprecht, Graf Soden, von einem Mittelsmann Hitlers, der schon im Laufe des Tages wiederholt angerufen hatte, am Telefon gebeten. Er sei von Hitler ganz offiziell beauftragt, dem Grafen zu sagen, Hitler müsse annehmen, daß die Loiblschen Erklärungen im Auftrage des Kronprinzen ergangen seien und damit

ein Dolchstoß des Kronprinzen gegen Hitler und seine Bewegung erfolgt sei.

Hitler werde daraus die Konsequenzen ziehen und den Kronprinzen und die monarchistische Idee in der Öffentlichkeit aufs schärfste bekämpfen, wenn der Kronprinz nicht bis 11 Uhr abends, das heißt innerhalb von 24 Stunden, folgende von Hitler formulierte Erklärung an die Presse gebe: „Die vom Reichstagsabgeordneten Loibl abgegebenen Erklärungen über die Stellungnahme des Kronprinzen zum Volksbegehren entsprechen nicht den Tatsachen.“ Als Soden erwiderte, eine solche Erklärung des Kronprinzen würde nicht den Tatsachen entsprechen, meinte Hitlers Vertreter, dann könne man ja den Satz abändern. Die von Hitler gewünschte Erklärung fährt fort: „Seine königliche Hoheit lehnt es ab, in innerpolitischen Fragen hineingezogen zu werden. Er hat deshalb auch die ihm in den Mund gelegten Äußerungen nicht gemacht. Herr Loibl ist überhaupt nicht autorisiert, über die Auffassungen des bayerischen Kronprinzen Berichte zu verbreiten, gleich welcher Art sie seien.“ Graf Soden machte hierbei den Sprecher darauf aufmerksam, daß hier ein Ultimatum mit einer Drohung und die Zustimmung, eine Erklärung abzugeben, vorliege, deren Inhalt nicht wahr sei. Er lehnte daher jedes weitere Gespräch ab, obwohl sein Gesprächspartner sich schließlich zu der Forderung herbeiließ, er werde versuchen, Hitler dazu zu bewegen. Die Entscheidung bis Montag vormittag 10 Uhr hinauszuschieben. Als Graf Soden im Laufe des Abends dem Kronprinzen von dem sonderbaren Vorfall Mitteilung machte, lehnte es dieser selbstverständlich entschieden ab, sich in einer ultimativen Form zu einer Erklärung drängen zu lassen, die innerlich falsch, in der Öffentlichkeit unter allen Umständen den ebenso falschen Eindruck hervorrufen müßte, als sei er in keiner Ueberzeugung von der Verfehltheit des Volksbegehrens schwankend geworden. Dieser Versuch, den Kronprinzen zu einer von Hitler diktierten Erklärung zu veranlassen, war damit aber noch keineswegs zu Ende. Sie wurde in den folgenden Tagen

unter Androhung von Artikeln gegen den Kronprinzen und die monarchistische Idee

bei weiterer Verschlebung des „Entscheidungsstermins“ fortgesetzt, wobei Hitlers Vertreter die Erklärung abgab, Hitler sei selbst von Anfang an dem Volksbegehren sehr skeptisch gegenübergestanden, habe aber schließlich auf Drängen von anderer Seite seine Partei für das Volksbegehren eingestellt. Hitlers Vertreter wies dabei auch auf die Haltung der Nationalsozialistischen Partei bei der Parteienwahl hin. Die Nationalsozialisten hätten damals gegen die Enteignung gestimmt, was sich später als Belastung der Partei herausgestellt habe.

Unregelmäßigkeiten beim Volksbegehren

Wie der „Sozialdemokratische Zeitungsdienst“ erzählt, sind bei den preussischen Regierungsstellen eine Reihe von Verichten

der Regierungspräsidenten und Beamten eingelaufen, in denen Mitteilung über Unregelmäßigkeiten beim Volksbegehren gemacht werden. Insbesondere ist in einer größeren Anzahl von Fällen festgestellt worden, daß die Gemeindevorsteher die Listen nicht ausgelegt haben, sondern damit von Haus zu Haus gegangen sind. Solche Fälle werden insbesondere aus den östlichen Gebieten gemeldet.

### Eine Protesterklärung der Gewerkschaften

Der Gewerkschaftliche Pressedienst verbreitet folgende Protest-Erklärung der gewerkschaftlichen Spitzen-Organisationen: Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie protestiert in einer Entschiedenheit dagegen, daß an den Reichsbahn-Verhandlungen in Paris Vertreter der Reichsbahn-Gewerkschaften teilnehmen. Er unterläßt es, hinzuweisen, daß an diesen Verhandlungen auch leitende Persönlichkeiten der Reichsbahn beteiligt sind, und daß daher nur dem Artikel 185 der Reichsverfassung Genüge geschieht, der die Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Unternehmern gewährleistet. Im vorliegenden Falle ist die Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern umso mehr erforderlich, als die Regelung der zukünftigen Dienstverhältnisse und Arbeitsbedingungen einen der Hauptberührungspunkte bildet, weil die Reichsbahnverwaltung unter dem starken Einfluß industrieller Kreise leider hartnäckig versucht, mit Hilfe der ausländischen Verhandlungsgegner die ungünstigen sozialen Sonderbestimmungen für die Eisenbahner aufrecht zu erhalten.

Am die Verhandlungen über das Reparationsproblem nicht zu gefährden und um dem Auslande gegenüber geschlossen aufzutreten, haben wir gegen die einseitige Ernennung von Vertretern der Industrie und der Banken als Sachverständige für den Young-Plan, die uns erst durch Zeitungsnachrichten bekannt wurde, keinen Einspruch erhoben. Von einem Protest haben wir aus dem gleichen Grunde abgesehen, als nur Bank- und Industrievertreter in die Delegation aufgenommen wurden, die in Haag die deutschen Interessen zu vertreten hatten.

Nachdem aber den Reichsverband der Deutschen Industrie es für angemessen hält, gegen deutsche Delegierte — noch dazu mitten in den Verhandlungen — zu protestieren, sind wir geneigt, auch unsererseits offen Stellung zu nehmen. Wir erheben nunmehr schärfsten Einspruch dagegen, daß zum Verhandlungsführer für die Saarfragen ein Mitglied der deutschen Industrie ernannt wird und ersuchen die Regierung, diesen Vertreter alsbald zurückzuziehen, um die Verhandlungsführung objektiven Vertretern der Reichsregierung ohne industrielle Kontrolle zu überlassen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Grafmann; AFA-Bund, Aufhäuser; Allgemeiner Deutscher Beamten-Bund, Reichenberg; Deutscher Gewerkschaftsbund, Imbusch; Gewerkschaftsring, Lemmer; Deutscher Beamten-Bund, Bügel.

### Eine Erklärung des Reichsverbandes der deutschen Industrie

Der Reichsverband der deutschen Industrie veröffentlicht zu der Kundgebung der Gewerkschaften eine Erklärung, in der festgestellt wird, die Entschiedenheit des Reichsverbandes habe sich nicht dagegen gewandt, daß bei den Verhandlungen über das Reichsbahngesetz Vertreter der Beamten- und Arbeiterchaft als Sachverständige gebürt werden, sondern nur dagegen, daß sich die Gewerkschaftsvertreter seit Wochen öffentlich zur Kontrolle der Delegierten der Reichsregierung in Paris aufhalten. Weiter betont der Reichsverband, daß die deutschen Sachverständigen bei den Pariser Reparationsverhandlungen nicht als Vertreter der Industrie oder der Banken tätig gewesen, sondern von der Reichsregierung ohne irgendwelche Einflußnahme der Industrie oder der Banken wegen ihrer besonderen Sachkenntnis ernannt worden seien. Das gleiche gelte für den Vorsitzenden der deutschen Delegation für die Saarverhandlungen, der dabei in keiner Weise als Vertreter der Industrie betrachtet werden könne.

### Zollwaffenstillstand?

Vorentwurf des Völkerbundsaußschusses

Das Ständige Wirtschaftsamt des Völkerbundes hat nach Abschluß seiner Herbsttagung gestern den von ihm aufgestellten Vorentwurf über einen mehrjährigen Zollwaffenstillstand durch das Völkerbundssekretariat veröffentlichen lassen. Der Konventionentwurf umfaßt 22 Artikel, für die zum größten Teil ein gemeinsamer Einheitsstempel hergestellt werden mußte, während für andere Artikel, vor allem in bezug auf die Ausnahmefälle und die Schwierigkeiten, die sich aus der Verschiedenheit der Zollsysteme ergeben, Alternativvorschläge gemacht werden. Der Konventionentwurf wird sofort allen Staaten, Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Völkerbundes zugestellt, damit sie dazu Stellung nehmen und vor Jahresende dem Völkerbundssekretariat mitteilen können, ob sie bereit sind, auf dieser Grundlage an der für Februar nächsten Jahres geplanten diplomatischen Konferenz teilzunehmen.

Der Zollwaffenstillstand hängt also nunmehr vollständig von den Beschlüssen der geplanten Konferenz selbst ab, die der Völkerbundsrat bei günstigem Ausfall der Regierungsanträge in seiner Januaragung einberufen wird. Bekanntlich hatte die englische Regierung, die in der letzten Völkerbundsversammlung den Antrag zur Herbeiführung eines Zollwaffenstillstandes eingebracht hatte, bereits amtlich mitgeteilt, daß sie sich an dieser Konferenz durch eine stärkere Delegation unter Führung des amtlichen Handelsministers Graham vertreten lassen wird. Im Völker-